

Bezirksversammlung

| Antrag öffentlich | Drucksachen-Nr.: | 22-3266 |
|-------------------|------------------|------------|
| | Datum: | 06.10.2022 |

| Beratungsfolge | | | |
|----------------|-------------------------------------|------------|--|
| | Gremium | Datum | |
| Öffentlich | Ausschuss für Sozialraumentwicklung | 06.10.2022 | |

Interdisziplinäre Gesundheitsversorgung in Horn und Billstedt weiterführen. Gesundheitskiosk stabilisieren (Antrag SPD-, CDU-, und FDP-Fraktion)

Sachverhalt:

Der Gesundheitskiosk in Billstedt/Horn unterstützt Patient:innen, die oftmals aus einkommensschwachen Haushalten kommen und die viel Beratung brauchen.

Die Kosten werden derzeit von fünf Krankenkassen getragen. Zum Jahresende bleiben nur noch die AOK und eine weitere Betriebskrankenkasse an Bord. Der Ausstieg wird von den scheidenden Krankenkassen dadurch begründet, dass ähnliche Angebote in den Stadtteilen bereits vorhanden wären – beispielsweise die Beratungsangebote der Gesundheitsämter vor Ort.

Die Antragssteller aus SPD, CDU und FDP sind der Überzeugung, dass die Gesundheitskioske in den Quartieren keinen Arztbesuch ersetzen, sondern das passende Angebot außerhalb der herkömmlichen Arztpraxen sinnvoll ergänzen.

Der Gesundheitskiosk berät digital und niedrigschwellig - auch in mehreren Fremdsprachen. Unabdingbar für jeden multikulturellen und vielfältigen Stadtteil. Auch Ernährungsberatung, Schwangerschaftsnachsorge und Gruppensportangebote werden zurzeit im Gesundheitskiosk angeboten.

Darüber hinaus ist der Gesundheitskiosk eng mit den Pflege- und sozialen Einrichtungen, sowie mit den Ärzt:innen vor Ort, verknüpft. Dieses kombinierte Gesundheitsangebot sorgt für eine erhebliche Erleichterung der Anwohnenden.

Auch der Beratungsbedarf ist vorhanden - dafür sprechen die Zahlen des Gesundheitskiosk. Mehr als 4.000 Beratungsgespräche fanden bisher statt. Leistungen, die nicht ausschließlich von ärztlichen Praxen in Billstedt getragen werden können. Das Hamburg Center for Health Economics kam zu einem ähnlichen Ergebnis – die Beratung senke sogar Kosten im Gesundheitswesen.

Petitum/Beschluss:

Vor diesem Hintergrund fordert der Ausschuss für Sozialraumentwicklung die Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration auf:

- 1. Schnellstmöglich mit den Krankenkassen ein Gespräch zu führen und sich für die Fortsetzung des Angebots des Gesundheitskiosks einzusetzen.
- 2. Eine geeignete Lösung für das Fortbestehen des Gesundheitskiosk zu erarbeiten, die die Angebote des Gesundheitskiosk möglichst uneingeschränkt bestehen lässt.
- Nach Ablauf der Gespräche, die Ergebnisse dem Ausschuss für Sozialraumentwicklung zu präsentieren.